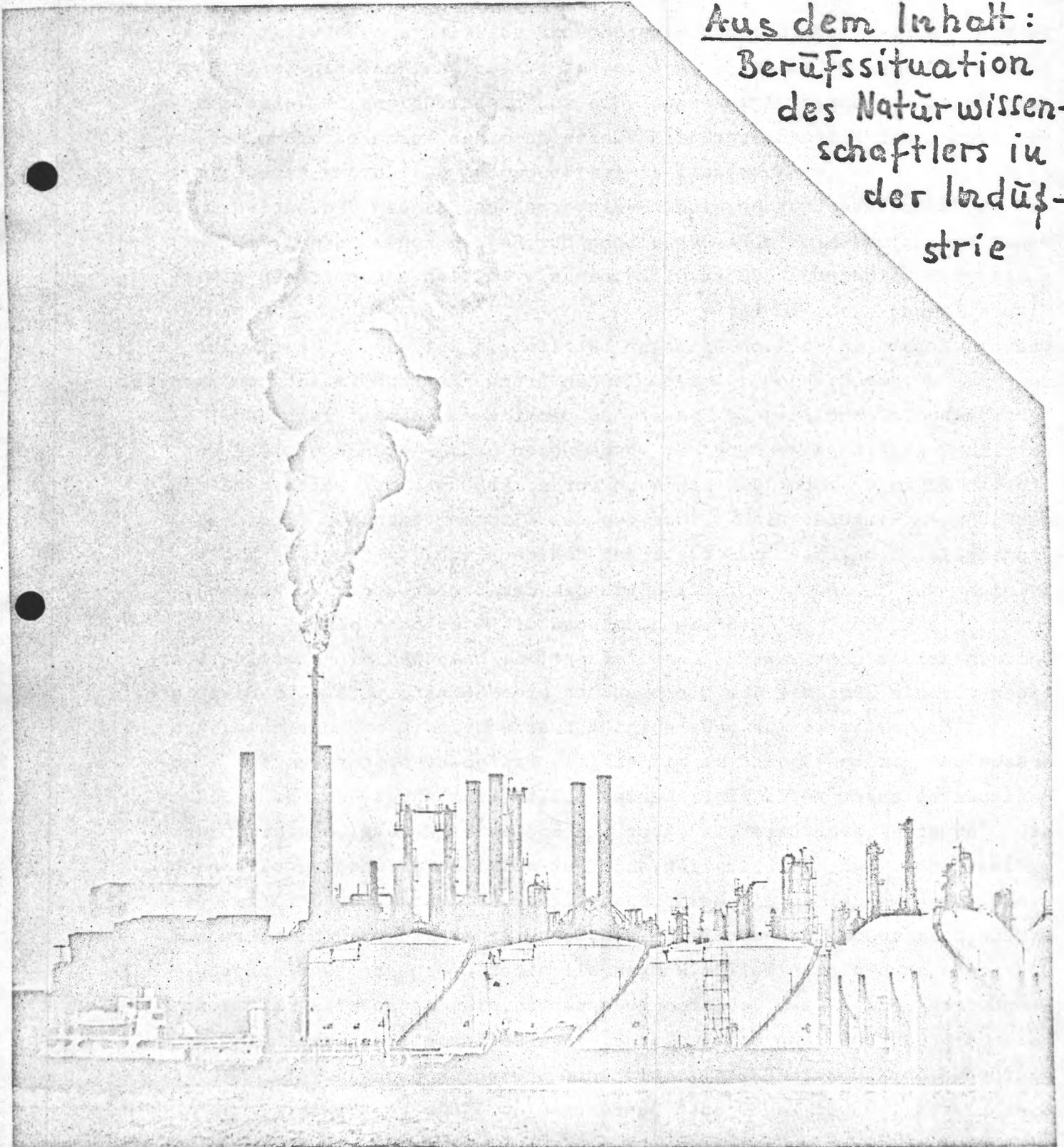


INFO

Nr. 3 — 1970
Fachschaft Chemie,
Biologie, Geologie und
Mineralogie

Aus dem Inhalt:
Berufssituation
des Naturwissen-
schaftlers in
der Indü-
strie



ZUR LAGE IN DER FACHSCHAFT CHEMIE

Zur Kennzeichnung studentischer Politik des letzten Semesters in unserer Fakultät lassen sich zwei grundsätzliche Tendenzen herausarbeiten: einmal das Scheitern der Reformpolitik in den Gremien der Hochschule, zum anderen die Verlagerung studienbezogener Aktivitäten von der Fachschaftsvertretung zu den Semesterräten.

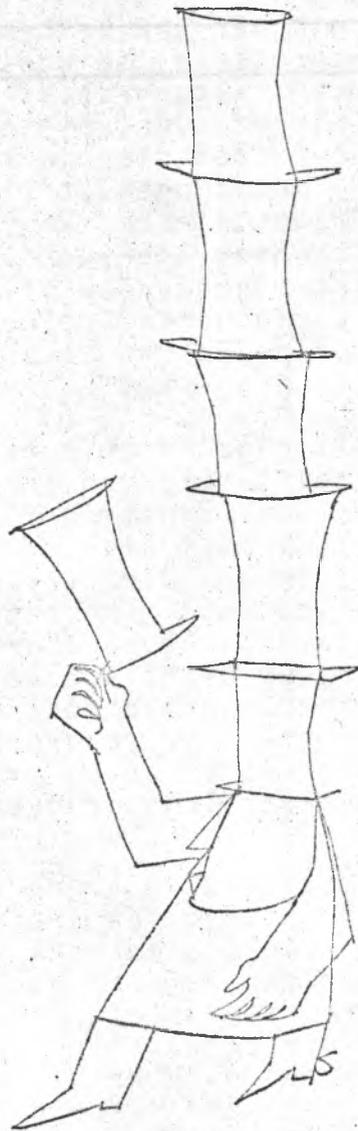
Kritik der Semesterratspolitik

So sehr im Sinne der Basiserweiterung der politischen Aktivitäten die letzte Entwicklung zu begrüßen wäre, hat sie auf der anderen Seite aber auch negative Auswirkungen gehabt. Die außerinstitutionelle Interessenvertretung durch Semestergruppen führte zu einer Zersplitterung der studentischen Aktivitäten, weil einige Studenten die Zusammenarbeit mit der Fachschaftsvertretung mieden--ein Verhalten, das den Ordinarien in die Hände spielt und eine alte Behauptung der Reformgegner zu bestätigen scheint: die Studenten wüßten nicht was sie wollten und seien zu einer Mitbestimmung nicht fähig.

Was die Arbeit im letzten Semester betrifft, so ist das nur allzuwahr. In einer Vorbesprechung zum organischen Grundpraktikum im letzten Semester forderten die damaligen Vertreter des damaligen 5. Semesters grundsätzliche andere Änderungen des vorgelegten Studienplanes als die des vierten Semesters, ohne daß man sich vorher abgesprochen hatte, ohne daß das jüngere Semester die Erfahrungen des älteren Semesters irgendwie kennengelernt hätte. (Der Semesterrat des damaligen 4. Semesters hielt es nicht mal für nötig auf die Sitzungen der Semesterräte zu kommen).

Es geht eben einfach nicht, daß die Studenten einmal das und ein halbes Jahr später jenes fordern! Wir brauchen ein Koordinationsorgan für die Semesterräte. Wir brauchen eine Semesterratsvollversammlung.

Ein weiteres Musterbeispiel war eine Versammlung des damaligen ersten und zweiten Semesters mit einigen Professoren, in denen das theoretische Semester reflektiert werden sollte. Ganz abgesehen davon, daß sich Fachschaftsvertreter, Semesterräte und Semesterräte untereinander widersprachen, war festzustellen, daß fast alle Ausführungen unter einem erheblichen Mangel an Wissen, Gruppenstudium, Prüfungen, Lerntheorie und Geschichte der Hochschule litten. Wenn wir ernsthaften Einfluss auf unsere Belange nehmen wollen, kommen wir nicht umhin ein fundiertes Grundwissen auf diesen Gebieten zu erwerben. Die Fachschaftsvertretung hatte dies erkannt und initiierte einen Arbeitskreis, der sich mit Prüfungen, Lerntheorie, Sozialisation der Studenten beschäftigt. Dieser Arbeitskreis tagt jeden Donnerstag ab 19 Uhr im AStA.



Fachschaftsleiter beim Koordinieren der
Semesterräte

Aus der Fachschaftsleitung sind Dietrich Daub und Lutz Henkel ausgeschieden. Lutz Henkel übernahm eine wichtige Aufgabe im Republikanischen Club (RC) und Dietrich Daub ist seit dem 1. April im AStA. Konrad Blum und Dietmar Henning bilden nun mit Gustav Daniel die Fachschaftsleitung.

ZUR BERUFSSITUATION DES NATURWISSENSCHAFTLERS IN DER INDUSTRIE UND ZUR VAA-VERANSTALTUNG

Ende des letzten Semesters hielt der VAA (Verband angestellter Akademiker in der chemischen Industrie) im Hörsaal des Organischen Instituts eine Informationsveranstaltung ab. Viele Assistenten und einige Studenten hatten sich eingefunden, um sechsbeschlippte Herren im Vordergrund auszufragen. Die Fragen, die sie stellten, betrafen die Gehaltshöhe, den Urlaub, soziale Leistungen etc. Keiner der künftigen Industriéakademiker stellte Fragen, die tatsächliche Lage der Akademiker beleuchtete: Aufstiegschancen, Arbeitssituation und Abhängigkeiten interessierten sie nicht oder wurden offensichtlich von vornherein für gut empfunden. Der folgende Artikel versucht die Hintergründe dieses Verhaltens und seine Folgen zu analysieren.

Trennung von Hand- und Kopfarbeit

Die Lage der technischen Intelligenz (Ingenieure und Naturwissenschaftler) in unserer Gesellschaft wird von ihrer Stellung im Produktionsprozess bestimmt. In der Industrie findet man Akademiker in kleinen Forschungslabors, als Leiter kleiner Kontrollabors oder Produktionsbetriebe bis hinauf in den Direktorenposten. Mit dem Theoretischen Wissen, daß man sich an der Hochschule erworben hat, geht also eine gewisse Privilegierung gegenüber dem einfachen Angestellten und Arbeiter einher, der praktisch keine Chance hat, ähnliche Positionen im Betrieb einzunehmen, obwohl eine rangmäßige Gleichstellung von Hand- und Kopfarbeit von vornherein nicht als unlogisch von der Hand zu weisen wäre. Man muß also die Frage stellen, warum der Produktionsprozess unserer Industrie eine solche Trennung erfordert.

Um auf diese Frage eine Antwort geben zu können, muß man sich einmal den Gang der Entwicklung der industriellen Produktionsweise vor Augen halten. Im 18. Jahrhundert spielte sie sich noch hauptsächlich in den Manufakturen ab. Hier war der Meister noch gleichzeitig Planer, Konstrukteur seiner eigenen Produkte und in der Regel Besitzer der Produktionsmittel, nämlich der Werkzeuge. Hier bedeutete Kopfarbeit noch Kapitaleigentum und daher zugleich Privilegierung gegenüber dem Handarbeiter. Mit dem Aufkommen der Maschinen änderte sich das Bild: die in einem Betrieb hergestellte Warenmenge wuchs, die Betriebe wurden größer, der Handel wurde zum Welthandel. Die einzelne Maschine mußte gewartet, die zahlreichen Betriebe überwacht, Produkte wurden neu entwickelt, es mußte geforscht werden. Das alles konnte der Kapitaleigner natürlich nicht mehr allein bewältigen. Die einfache Trennung von Hand- und Kopfarbeit wurde nun in die Arbeiter selbst hineingetragen. In den einzelnen Betrieben wurde Leute gesetzt, die hier die Funktion des Kapitaleigners übernahmen und seine Interessen wahrnahmen, ohne freilich Besitzanteil am Kapital zu haben. Diese Leute mußten also, lohnabhängig wie jeder andere Arbeiter auch, fremde (arbeitgeberische) Interessen vertreten. Als Gegenleistung gestand ihnen der Kapitaleigner einen höheren Lohn zu, zum anderen wirkte sich die Privilegierung im Produktionsprozess bald als gesellschaftlich hebendes Faktum aus. Diese Tatsache wurde durch traditionelle Momente des Bildungsbürgertums, das immer mehr an Stelle einfacher Werkmeister diese Positionen einzunehmen begann, noch wesentlich verstärkt.

Die Folge dieses Prozesses war die Ausbildung eines ausgeprägten Standesbewußtseins beim Bildungsbürgertum. Typisches Merkmal dieses Bewußtseins war die Verachtung des sozial niederen Handarbeiters. An dieser Stelle wäre eine Analyse dieser Ideologie zu langatmig. Ihre unmittelbare Auswirkung war und ist jedoch das Herausbilden eines Aufstiegsbewußtseins, daß dem Bildungsbürger in Familie, Gymnasium

und Hochschule planmäßig anerzogen wird.

Das Aufstiegsbewußtsein ist eng verknüpft mit der Unfähigkeit der technischen Intelligenz solidarisch zu handeln, mit seiner Hilfe ist es dem profitorientierten "Unternehmer" möglich, den einzelnen Akademiker zu beherrschen und ihn in die Hierarchie des Industriebetriebes einzugliedern. Dies ist also eine der Grundbedingungen dafür, daß in unserer Gesellschaft nur zu einem Zweck produziert wird: für den Profit des Kapitalisten.

Halten wir fest: die technische Intelligenz ist eigentlich ein Teil der Arbeitnehmerschaft. Sie wird jedoch vom Management durch folgende Faktoren als unmittelbares Herrschaftsinstrument gegen Arbeiter und Angestellte benützt: 1) höhere Bezahlung 2) höhere gesellschaftliche Stellung 3) Aufstiegsbewußtsein und Unfähigkeit zu solidarischen Handeln

Lage des Akademikers im Betrieb

Die Anerziehung des akademischen Standesdünkels beginnt bereits in der bürgerlichen Familie, setzt sich fort in den Gymnasien und reift in der Hochschule vollends aus. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß nicht einmal 7% der Studenten aus Arbeiterfamilien stammt. Und selbst diese 6-7% können das nur durch totale Anpassung und entwickeln häufig ein weit größeres Aufstiegsbewußtsein als ihre bürgerlichen Kommilitonen. Das wichtigste Instrument, um beim Studenten Vereinzelung und Konkurrenzdenken zu produzieren, ist die Prüfung. Durch die totale Trennung der Wissenschaft von ihrer Verwertung wird der künftige Akademiker zum kritiklosen Büttel der profitorientierten "Unternehmer". Aber selbst wenn er sich über seine Lage im klaren sein sollte, läßt ihn Industrie und Gesetze unseres kapitalistischen Staates keine Chance. Wie jeder andere Arbeitnehmer ist auch der Akademiker gezwungen, seine Arbeitskraft an den "Arbeitgeber" zu verkaufen, um leben zu können.

Am besten fährt der Akademiker dabei, wenn er mit einer dicken Empfehlung seines Professors zum Arbeitgeber kommt. Hier bei der Bewerbung entscheidet der letztere oder seine willigen Werkzeuge willkürlich ob jener angestellt wird, wobei sicherlich nicht zuletzt die Kategorie politische Zuverlässigkeit eine Rolle spielt. Selbst die Bemessung des Gehaltes ist bis auf einen Mindestbetrag (Manteltarif) festgelegt. Die Zuwachsrate kann ebenso willkürlich vom Vorgesetzten bestimmt werden und hängt wesentlich von seinem Wohlverhalten ab. Kurz (wie es ein VAA-Mann so schön sagte) "Beim Abschluss eines Anstellungsvertrages ist der Akademiker immer der schwächere".

Und das bleibt er auch, indem er fleißig gegen seine Kollegen ausgespielt wird und sich ausspielen läßt. Im Vertrag wird er zum Stillschweigen über sein Gehalt verpflichtet. Mißtrauen, Neid und Ungewißheit streuen sich auf diese Weise in das "kollegiale Verhältnis" ein, wohingegen man beim Arbeitnehmer seine Gehaltsforderungen schwer begründen kann. Das einzige, was dem Verband angestellter Akademiker in dieser Hinsicht gelang, ist die Aufstellung einer Gehaltskurve, in der Durchschnittsgehalt gegen Alter für jede Firma aufgetragen ist. Im übrigen wird das Mißtrauen planmäßig geschürt. Personalakten werden über jeden angefertigt, in der Beurteilungen von Vorgesetzten eingetragen werden. Diese Akte kann der Akademiker nicht einsehen, sie kann jedoch zu gegebener Zeit zur seiner Erpressung benützt werden und wird das häufig auch.

So wird das Arbeitsleben bestimmt durch den täglichen Reglementierungszwang gegenüber den Untergebenen und dauernden Kleinkrieg mit den Kollegen, den Drang höher aufzustreigen und so in einem komfortableren

Büro zu sitzen und morgens unter den neiderfüllten Augen der Kollegen mit einem noch größeren Wagen vorbeizufahren. In diesem Strudel merkt der Akademiker meist erst sehr spät, wie wenig die Industrie von den direkt und indirekt gemachten Versprechungen hält: nämlich fast nichts. Über 70% der Chemiker in der Industrie bleiben zeitlebens auf dem Posten, für den sie eingestellt wurden. Sie sind einfache Laborvorsteher und wachen dauernd über einen Stab von fünf, sechs Laboranten, die immer wieder dieselben Stoffe nach den gleichen Verfahren überprüfen, leisten oftmals unbezahlte Überstunden, wenn es die Lage verlangt. Es wird erwartet, daß der Akademiker sich mit der Firma identifiziert.

Wenn der Akademiker seine Lage richtig erkennt, ist es in der Regel schon zu spät, Konsequenzen zu ziehen. Im Alter ist ein Firmenwechsel fast unmöglich, jedenfalls nicht ohne finanziellen Verlusten. Dazwischen stehen außerdem Karenzverträge und Absprachen zwischen den einzelnen Firmen. Der Kapitalist weiß um die üble Lage des älteren Akademikers und nutzt sie weidlich zur Profitmaximierung aus: in der letzten Zeit zeigt die Gehaltskurve in jungen Jahren immer stärker steigende Tendenz, im Alter ist sie fast eine Gerade.

Funktion des VAA

Welchen Stellenwert kann bei dieser Klassenlage ein Interessenverband der technischen Intelligenz haben? Die Möglichkeiten sind eng begrenzt, da allein schon gesetzlich keine Interessengegensätze zwischen Kapital (gemeint sind profitorientierte "Unternehmer") und Intelligenz zugestanden werden. Hinzu kommt das Arbeitgeberbewußtsein der Mitglieder, das einen Kampf gegen das Kapital nicht zulässt und seine Ursache in der Klassenlage selbst hat, wie wir gesehen haben.

Und das spiegelt sich in der realen Situation und der widersprüchlichen Argumentation dieses Akademikerklüngels an allen Ecken und Enden wider. Die Unfähigkeit einen einheitlichen Tarif auszuhandeln, versucht der VAA mit dem "Leistungsprinzip" zu rechtfertigen; das Werk habe dann nicht die Möglichkeit einen schlechteren Kollegen schlechter zu bezahlen". Hier beißt sich die ganze Argumentation dieses Vereins geradezu in den Schwanz. Ganz abgesehen davon, daß die Gehaltszulage meist wenig mit Leistungsprinzipien zu tun hat: wer bestimmt dann welche Leistung wie bezahlt wird? Wer ist denn der gute Kollege? Das tut doch wohl der Kapitalist oder seine Helfer, ein guter Kollege ist doch wohl der dem Kapitalisten den meisten Profit bringt!

Der VAA stellt sich also völlig auf den Klassenstandpunkt des Kapitalisten. Was heißt: man verlange vom Akademiker Zivilcourage bei der Gehaltsforderung, wenn man 15 Minuten vorher von sich gibt, der Akademiker sei gegenüber dem Arbeitgeber immer der schwächere Vertragspartner. Doch nichts als der Versuch die im VAA zum Ausdruck kommende akademische Unfähigkeit zur Solidarität zu überspielen. Und so ist denn auch in der realen Lage des Verbandes die Konsequenz gezogen: die finanzielle Lage würde nicht einmal ausreichen, einen kurzfristigen Streik zu finanzieren.

Die Profitoreintierten "Unternehmer" (Kapitalisten) dulden diesen Verband, weil er gar keine Gefahr darstellt, sondern nur zu gut die Ohnmacht der technischen Intelligenz überspielt. Der Verband ist nur fähig einige Ungerechtigkeiten und Härten des kapitalistischen Systems zu mildern und trägt damit objektiv zu dessen Stabilisierung bei. In dem ihm gesetzten Grenzen ist er unfähig, die Klassenlage der technischen Intelligenz selbst zu ändern, weil er genau auf dem Boden der selben gebaut ist. Er hilft mit die Tatsache zu verschleiern, daß die technische Intelligenz in Wahrheit ein Teil der Arbeiterschaft ist, daß eine Lösung der bestehenden Widersprüche nur in der Identifizierung mit den Interessen der werktätigen Massen gefunden werden kann.

Rudolf Ritter

aus "express international"

17.4.1970

Guatemala, Grafen, Guerillas

Meldungen über Ermordungen und Entführungen amerikanischer Militärs und Diplomaten in Lateinamerika wurden bisher in der Bundesrepublik als Erscheinungen "am Rande der Welt", von denen wir nicht betroffen sind, behandelt. Der Tod des Grafen von Spreti im fernen Guatemala zeigt unerwartet deutlich, wie wenig auch die Bundesrepublik von der Auseinandersetzung zwischen der Dritten Welt und ihren Unterdrückern verschont bleibt. Der Kampf der Guerillas, mit allen seinen Folgen, kann nur im Zusammenhang mit dem Befreiungskampf aller um ihre Freiheit ringenden Klassen und Völker gewertet werden.

Der tüchtige Oberst

Wer sich ein Bild zu verschaffen sucht, warum der "liberale" Präsident Julio Cesar Mendez Montenegro den deutschen Botschafter seinem Schicksal auslieferte, wird bald auf den Namen des tüchtigen Oberst Carlos Arena Osorio stoßen.

Dieser Oberst, im Auftrage einer besitzenden Oberschicht von knapp einem Prozent der Bevölkerung, sah seit 1966 seine Hauptaufgabe in der Bekämpfung der Guerillas. Hand in Hand mit den Amerikanern, die ab 1963 immer mehr Experten für diese Aufgabe stellten, wurden von den reichen Großgrundbesitzern zwei Terrororganisationen, die "Weiße Hand" und der "Antikomunistische Bund" finanziert. Oberst Osorio war der Führer dieser Aktion, bei der amerikanische Militärberater, die guatemalteckische Armee und die beiden Mordkommandos einträchtig zusammenarbeiteten.

Osorio, der mit den bekannten "Ruhe-und-Ordnung"-Parolen bei Mittelstand und Oberschicht Guatemalas gut angekommen ist, ließ sich pro forma von den zehn Prozent der Gesamtbevölkerung, die wahlberechtigt sind, März 1970 auf den Präsidentenstuhl heben. Hätten die Wähler anders entschieden, so würde die Armee schon genügend Argumente für einen Staatsstreich gefunden haben.

Gegen diese Form von Demokratie hat der Oberst natürlich nichts einzuwenden. Er hat sich damit begnügt, bis zu seinem Amtsantritt am 1. Juli ds. Jahres im Hintergrund zu wirken. So erfahren die Zeitungen "aus sehr guter Quelle", daß er, vom Militär unterstützt, sich jedem Tauschhandel mit den Guerillas kategorisch widersetzt hat. Bereits vier Tage vor dem Tode des Grafen von Spreti war es klar, daß die Militärs in Guatemala um das Überleben des deutschen Botschafters weniger bemüht waren, als um die Auffindung der Guerillas. Um allen zu zeigen, daß er nichts mit der Entscheidung der Regierung zu tun hat, begab sich Osorio für drei Tage nach Mexiko - und kam am dem Sonntagabend zurück, als von Spreti bereits tot war.

United-Fruit-Kolonie

Bis 1944 schafften Indianer und Mestizen in Guatemala als Leibeigene für die United Fruit und die Großgrundbesitzer. Die Bauern vegetierten auf Landsetzen schlechtester Qualität. Guatemala war eine Kolonie Amerikas mit einer durchschnittlichen Lebenserwartung der Bevölkerung von 35 Jahren; 90 % Analphabeten und sich ablösenden Diktatoren.

Kleinbürgerliche Schichten - junge Offiziere, Akademiker, Kaufleute - stürzten 1944 einen dieser Diktatoren. Ein zum Präsidenten gewählter linksliberaler Professor Arevalo baute Schulen, ließ die Gewerkschaften und sogar die KP zu, änderte aber nichts an den feudalistischen Besitzverhältnissen. Als sein Nachfolger Arbenz ein sehr zahmes Landreformprojekt durchsetzen wollte, kam es sofort zum Konflikt mit der United Fruit, die Arbenz durch Dulles zum Kommunisten erklären ließ. 1954 organisierte die CIA eine Söldnerarmee in Honduras, marschierte ein und vertrieb den vom Bürgertum verlassenen Arbenz. Ebensowenig wie andere "liberale" Präsidenten war er je auf den Gedanken gekommen, den Bauern Waffen zur Verteidigung in die Hand zu geben..

Die drei folgenden Militärdiktaturen (von 1954 bis 1965) drehten das Rad so weit wie möglich zurück, ersetzten die Zivilisten ihrer Regierung immer mehr durch Militäres und blieben der United Fruit treu. 1966 durften auf Wunsch der USA wieder freie Wahlen stattfinden, von denen allerdings die Linke ausgeschlossen war. Der "liberale" Montenegro wurde zum gegenwärtig noch regierenden Präsidenten gewählt.

Die Guerillas melden sich

Bereits der Vorgänger Montenegros war unter den Druck der Guerillas geraten. Das erste Auftreten der guatemalteckischen Guerillas war von drei jungen Offizieren ausgegangen, die nach einem mißglückten Aufstand geflüchtet und bei ihrer Rückkehr zu der Überzeugung gelangt waren, daß der Kampf gegen die Diktatoren untrennbar mit dem Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus verbunden war. Zusammen mit der guatemalteckischen Arbeiterpartei (KP) und Studenten begannen sie im März 1962 ihre Arbeit. Im Dezember 1962 waren drei Fronten unter Yon Sosa als Oberbefehlshaber, mit Turcios Lima als zweitem Kommandanten gebildet. Sie machten eine schnelle politische Entwicklung durch. Bereit 1964 wandten sie sich gegen jede "kleinbürgerliche Bodenreform". Castro wurde ihr Vorbild, und Guerillaführer betonten, daß sie sogar früher als dieser die Notwendigkeit sozialistischer Lösungen erkannten.

Trotz der erbarmungslosen Verfolgung durch die verschiedenen Regierungen gelang es den Guerillas, feste Verbindungen und aktive Unterstützung durch die Bau-

ern über lange Jahre hinweg zu erhalten. 1966 bekannte sich die MR-13 (Movimiento Revolucionario 13 de Noviembre) zum Programm der sozialistischen Revolution. Eine zweite Guerillabewegung, die FAR (Fuerzas Armadas Rebeldes) kämpfte unter Caesar Montes.

Unter dem Kommando des früheren Obersten und zukünftigen Präsidenten Osorio erreichten die Verfolgungen ein nie gekanntes Ausmaß. Zu den im Kampf gefallenen 80 bis 100 Guerillas kamen mindestens 4.000 Sympathisierende oder völlig unbeteiligte Bauern, die von den Mordkommandos im gleichen Zeitraum umgebracht wurden. In den Städten wuchs die Liste der eingekerkerten aktiven Gewerkschafter und Politiker der Linken, die gefoltert oder einfach im Morgengrauen von betrunkenen Soldaten erschossen wurden. So war es vor einigen Jahren fast dem gesamten Vorstand der guatemalteckischen Arbeiterpartei (KP) ergangen.

Neue Fronten

Anfang 1968 ging ein Teil der MR-13 in die FAR auf, unter der gemeinsamen Führung von Yon Sosa und Caesar Montes. Beide Bewegungen hatten mit der KP gebrochen, von der nur kleine Teile mit den Guerillas zusammenarbeiten wollten.

Die Vereinigung von MR-13 und FAR, die zuerst von allen Guerillakämpfern begrüßt wurde, hat bei einem Teil der alten MR-13 zu einer Enttäuschung geführt: sie betonten, daß sie sich mit der FAR unter Yon Sosa nicht entzweit hätten, daß sie aber politische Differenzen trennen würden. Während die neue FAR kein klares politisches Programm besitzt, bekennt sich die alte MR-13 weiterhin zur sozialistischen Revolution und lehnt den Terrorismus als Ersatz für ein Programm ab.

Die FAR hat sich zu den Entführungen bekannt; ihr augenblickliches Ziel scheint es zu sein, ihre Genossen aus dem Gefängnis zu holen, da die Gefahr besteht, daß mit dem Amtsantritt des Obersten alle Gefangenen, die zu den Guerillas gehören oder als solche verdächtig sind, dort ermordet werden. Wie berechtigt diese Furcht ist, beweisen die Taten rechts-extremer Mordkommandos in den letzten Tagen, sowie die Vermutung, daß ein Teil der Gefangenen nicht gegen Graf von Spreti ausgetauscht werden konnte, da er bereits vorher im Gefängnis ermordet worden war.

Der gnadenlose Kampf wird weitergehen. Oberst Osorio wird sich sicherlich auch als Präsident nur mit seiner schwergepanzerten Limousine und einer ständigen Leibwache von vierundzwanzig Mann unter "sein" Volk wagen...

Ausschnitte aus dem Bericht 'Guatemala' im "Spiegel" Nr. 16/70

„Kein Volk Lateinamerikas hat so hart die doppelte Herrschaft einer einheimischen Oligarchie der Terratenientes (Großgrundbesitzer) und des nordamerikanischen Kapitals zu spüren bekommen“, schrieb „Le Monde diplomatique“.

US-Waffen und US-Geld halfen stets die ungerechte Sozialstruktur Guatemalas zu sichern. Nach dem Muster von Theodore Roosevelts „Politik des großen Knüppels“ landeten 1920 US-Truppen in Guatemala. Sie sollten angeblich „die Gesundheitschiff der Vereinigten Staaten schützen“ und requirierten nebenbei die Nationale Elektrizitätsgesellschaft.

Vor allem aber eroberten die USA das Land mit der vom Präsidenten William Howard Taft erfundenen „Diplomatie des Dollars“. Wie in den Nachbarrepubliken Honduras, Costa Rica und Panama hat die nordamerikanische United Fruit Company sich auch in Guatemala seit Anfang des Jahrhunderts zum größten Unternehmen und heimlichen Herrscher ausgebreitet.

„El Pulpo“, der Polyp, wie die United Fruit bald hieß, baute eigene Straßen und Eisenbahnen, Hafenanlagen und Telefonnetze sowie eine eigene „weiße Flotte“ von zeitweise 60 Schiffen zum Abtransport der Bananen. Allein in Guatemala brachte die United Fruit zehn Prozent des Plantagenbodens an sich, für den sie keine Steuern zahlte.

Unter günstigen Bedingungen konnte die Gesellschaft 1936 ihre Verträge um weitere 45 Jahre verlängern: mit dem Guatemala-Diktator Jorge Ubico, der 13 Jahre lang — nach eigener Einschätzung — wie ein „Napoleon der Tropen“ herrschte.

Nach Ubicos Sturz 1944 versuchte das Land zum erstenmal vorsichtige Schritte vom Feudalsystem in eine demokratische Neuzeit. Der Universitätsprofessor und Präsident Juan José Arévalo führte eine liberale Verfassung und Sozialgesetze ein, erlaubte die Bildung von Gewerkschaften und baute Schulen.

Doch als sein Kriegsminister Oberst Jacobo Arbenz Guzmán, der nach den Wahlen 1950 an die Macht kam, versuchte, noch einen Schritt weiterzugehen, brachten ihn die wahren Herren des Landes schnell zu Fall.

1952 verkündete der Sohn eines eingewanderten Schweizer Apothekers eine bescheidene Landreform: Mit dem Dekret 900 verstaatlichte er die Kaffeeplantagen der während des Krieges ausgewiesenen Guatemala-Deutschen und verteilte brachliegenden Grundbesitz — auch der United Fruit — an landlose Indios.

Arbenz bot der Gesellschaft die „traurig unangemessene Entschädigung von 600 000 Dollar“ (so US-Präsident Eisenhower) an. Eisenhowers Außenminister Dulles, der 1936 als Mitglied des New Yorker Anwaltsbüros Sullivan & Cromwell die Verträge zwischen United Fruit und Ubico mit ausgearbeitet hatte, ernannte Guatemala zum kommunistischen „Gefahrenherd“.

Als schließlich gar der schwedische Frachter „Alfhem“ 2000 Tonnen Waffen und Munition aus den tschechischen Škoda-Werken im guatemaltekischen Puerto Barrios löschte, ließ Dulles-Bruder Allen, damals Chef des Geheimdienstes CIA, eine Söldnertruppe zur Guatemala-Invasion rekrutieren.

Von Honduras aus rückte am Fronleichnamstag 1954 der an der US-Generalstabsakademie geschulte Oberst Castillo Armas, unterstützt von Flugzeugen, Torpedoboote und CIA-Offizieren, mit etwa 1000 Mann gegen das schwach gerüstete Guatemala vor.

Vergebens verlangte Präsident Arbenz, den Welticherheitsrat einzuberufen. Der US-Delegierte und United-Fruit-Aktionär Cabot Lodge lehnte ab. Zehn Tage nach Beginn der Invasion flüchtete Arbenz nach Kuba ins Exil.

Seine Nachfolger im Präsidentenamte — reaktionäre Obristen oder ultrakonservative Politiker — machten allen sozialen und politischen Fortschritt alsbald rückgängig. Die United Fruit erhielt ihre Ländereien wieder.

28 Kommunistenführer wurden bald nach dem Amtsantritt Méndez Montenegro von der Geheimpolizei ermordet. Und unerbittlicher denn je führte die Armee unter seiner Ägide den Kampf gegen die Guerrilleros. Immer stärker beteiligten sich auch die USA an dieser Kampagne: Sie lieferten Karabiner und Maschinenpistolen, Fernmeldeeinrichtungen und Flugzeuge.

Berater ihrer Special Forces drillten Antiguerilla-Einheiten der guatemaltekischen Armee, die 1967 in einer blutigen Kampagne die Partisanen in den Bergen der Sierra de las Minas vernichtete — doch nicht nur die Partisanen: Unter der Führung des Obersten Carlos Arana Osorio wurden etwa 80 Guerrilleros und 500 ihrer Helfer, aber obendrein mindestens 2400, nach manchen Schätzungen sogar 6000 un-

Der US-Imperialismus, in Form der "United Fruit Company" (z.B.) in Guatemala